

Neue Ausbildungsordnung verschlechtert Referendarsausbildung

Ergebnisse einer Umfrage des Bremer Grundschulverbandes

Die Landesgruppe Bremen des Arbeitskreises Grundschule (Grundschulverband) hat im Mai 2006 eine Umfrage über die Situation der Referendarsausbildung in den Bremer und Bremerhavener Grundschulen durchgeführt. An der Befragung nahmen teil:

- in Bremerhaven 11 von 18 Schulen (Rücklauf 61 %),
- in Bremen 33 von 74 Schulen (Rücklauf 45 %),

Bearbeitung: Prof. Dr. Petra Milhoffer.

Die gestellten Fragen bezogen sich auf die Zahl der ReferendarInnen und Studierenden in der Schulen, auf die Zuweisungspraxis und ihre Auswirkungen, auf die Ausbildungsmöglichkeiten der Schulen und die Bereitschaft zur MentorInnen Tätigkeit.

Kommentierung des Abfrageergebnisses:

Die freiwillige Rückmeldung der Grundschulen in Bremen und Bremerhaven war hoch, obwohl die Schulen generell mit Rückmeldungen stark belastet sind. D.h. dass die Thematik für die Schulen brisant ist.

In Bremerhaven werden **Referendarinnen und Referendare vermehrt zugewiesen**.

Das bedeutet, dass die Referendarinnen und Referendare auf jeden Fall rechtzeitig zu Beginn ihres Referendariats eine Ausbildungsschule haben, was absolut begrüßenswert ist, weil es ihren Bedürfnissen gerecht wird und ihre Verunsicherung zu Beginn eines neuen Ausbildungsabschnitts enorm reduziert. In Bremen mussten viele Referendarinnen und Referendare bis zu vier Wochen nach Beginn des Referendariats auf ihre Schulzuweisung warten und haben deutlich gespürt, dass sie in den Schulen nicht willkommen waren.

Nicht geklärt wird durch die Abfrage, wie hoch die Bereitschaft in Bremerhaven ist, die angeordnete Ausbildungsverpflichtung motiviert und nach besten Kräften zu erfüllen.

Grundsätzlich ist zu überlegen, ob Schulen nicht generell in die Pflicht genommen werden sollten, ihrer formalen Ausbildungsverpflichtung nachzukommen. Ein rotierendes System zur Ausbildungsverpflichtung dürfte nicht so schwierig zu erstellen sein.

Allerdings dürfen Referendarinnen und Referendare dann nicht auf die Stundenzuweisung der Schulen angerechnet werden.

Neben der rechtzeitigen Versorgung aller Auszubildenden mit Ausbildungsschulen wäre dann auch der erwünschte und auch in der Mehrzahl nachgewiesene Effekt des Inputs innovativen Potentials in die Schulen gewährleistet.

Die fehlende fachspezifische Ausbildungsmöglichkeit für alle Fächer in den Grundschulen wird deutlich und gibt erheblichen Anlass zur Sorge.

Um das zu kompensieren, muss u.E. die bisherige Ausbildungspraxis weiterhin greifen: Fachleiterinnen und Fachleiter des LIS müssen diesen Mangel durch erhöhte Hospitations- und Beratungstätigkeit ausgleichen, was nach der neuen Ausbildungsordnung nicht möglich ist.

Die stundenplantechnischen Umsetzungsmöglichkeiten für eine angemessene Ausbildung sind z.Zt. nur an den wenigsten Schulen möglich.

Dieses Problem an den Grundschulen mit ihren kleinen Personalressourcen ist durchaus verständlich und rechnerisch nachvollziehbar. Deshalb weisen wir nochmals darauf hin, dass gute Ausbildung nicht kostenneutral möglich ist, an Grundschulen dürfen Referendarinnen und Referendare nicht auf die Personalzuweisung der Schulen angerechnet werden.

Die Motivation für Mentorinnen- und Mentorentätigkeit und Qualifikation dafür ist an den Grundschulen sehr gering.

Warum das so ist, ist nur zu vermuten. Ein Aspekt dürften die allgemein überhöhten Anforderungen an Grundschullehrerinnen und -lehrer sein, ein weiterer die Altersstruktur in vielen Grundschulen. Um so wichtiger ist es, diese Tätigkeit entsprechend zu honorieren und über Möglichkeiten der Multiplikation in die Kollegien nachzudenken. Ausbildung darf kein „Nebengeschäft“ in den Schulen bleiben, es muss eine hauptamtliche Profession werden und bedarf der Kultivierung und entsprechender Würdigung. (Ausbildungsschule zu sein könnte auch eine Facette eines Schulprofils sein.)

Zugegeben ist in einem „armen“ Stadtstaat die personelle Ausstattung für ein Ausbildungsmodell, in dem die Schulen große Bereiche der Ausbildung professionell wahrnehmen, nur schwer zu realisieren. Deshalb scheint es uns angeraten, die langjährige Ausbildungspraxis, die auch nach Aussage der Schulen gut war, beizubehalten und die Ausbildungstätigkeit überwiegend in der Verantwortung der Fachleiterinnen und Fachleiter des Landesinstituts für Schule zu belassen.

Eine allgemeine Verbesserung der Ausbildungskultur in den Schulen durch Qualifizierungsangebote für Lehrerinnen und Lehrer scheint dennoch wünschenswert und notwendig.